

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

2.3.1928 (No. 53)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verantwortlich:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 2515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. A. M. A. S.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Geld frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Amtlicher Teil

#### Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer

Die schwierige Lage der Landwirtschaft, sowie eines Teils des Gewerbes und der eigenhausbesitzenden Kleinrentner hat den badischen Finanzminister veranlaßt, mit Verfügung vom 28. Februar 1928 Nr. 2863 für die Finanzämter die einzelnen Vorschriften über die Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer zusammenzufassen und die Ämter gleichzeitig erneut darauf hinzuweisen, daß sie den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Steuerpflichtigen bei der Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer in weitestgehendem Umfang und in wohlwollender Weise Rechnung tragen sollen. Etwaige Anträge von Steuerpflichtigen auf Erleichterungen bei diesen Steuern sollen danach stets mit wirtschaftlichem Verständnis unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalles entgegenkommend behandelt werden. In begründeten Fällen ist die Steuer solange zu stunden, bis wieder größere Einnahmen fließen. Gegebenenfalls soll durch teilweisen Nachlaß der endgültig festgesetzten Steuer im Billigkeitswege unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Steuerpflichtigen geholfen werden. Sofern die Finanzämter in eigener Zuständigkeit nicht helfen können, ist höheren Orts ein etwaiger Nachlaß zu beantragen. Bei der Veranlassung der Steuer soll jedes scharfe Vorgehen vermieden werden; keinesfalls darf ein landwirtschaftlicher oder gewerblicher Betrieb durch Beitreibungsmahnahmen in Not geraten. Andererseits müssen den zahlungsfähigen Steuerpflichtigen im Interesse eines geordneten Steuereingangs die erwähnten Steuererleichterungen versagt bleiben.

#### Die Aufnahme von Verwaltungsanwärtern

Im Rechnungsjahr 1928 werden im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern Anwärter für den gehobenen mittleren Verwaltungsdienst (Verwaltungsanwärter) und für den einfachen mittleren Bürodienst (Büroanwärter) nicht aufgenommen.

#### Das große Hindernis für die Abrüstung

W. B. London, 2. März. (Tel.) Der Genfer Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, Lord Cusheburn habe ihm in einer Unterredung erklärt, die Ansicht, daß das große Hindernis für die Abrüstung das System der allgemeinen Dienstpflicht sei, treffe völlig zu. Der britische Hauptdelegierte bemerkte ferner: Es ist unmöglich, die Herabsetzung der militärischen Dienstzeit als eine Abrüstungsmaßnahme zu bezeichnen. Sie bedeutet nur, daß das stehende Heer immer mehr zum Unteroffizierskorps für das mobile Heer wird. Über die Arbeit des Sicherheits- und Schiedsgerichtsausschusses sprach sich Lord Cusheburn ziemlich pessimistisch aus. Er war der Ansicht, daß der Bericht zu umfangreich und zu unreif sein werde, um von unmittelbarem Nutzen zu sein und daß er eine neue Form werde erhalten müssen, bevor er die Arbeit der vorbereitenden Kommission fördern könne.

#### Die bayerische Beamtenbefoldungsvorlage

Die Landtagsfraktionen der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei befaßten sich am Donnerstag erneut mit der durch die ablehnende Haltung des Bauernbundes zur neuen Beamtenbefoldungsvorlage geschaffenen Lage. Das Ergebnis der Beratung der Bayerischen Volkspartei war, der Regierung zu empfehlen, trotz der Stellungnahme des Bauernbundes die Vorlage im Landtag einzubringen. Die Regierung wird nun, nachdem auch der Ministerrat sich auf diesen Standpunkt gestellt hat, eine Entscheidung über die Vorlage in offener Parlamentsdebatte herbeiführen lassen. Es wird damit gerechnet, daß ein großer Teil der Parteien, die nicht in der Regierung sitzen, für die Vorlage stimmen, und daß ohne koalitionsmäßige Mehrheit die Vorlage durchgebracht werden kann.

#### Die Pensionsansprüche Ehrhardts

In der Zivilklage des Kapitäns Ehrhardt gegen das Reichswehrministerium auf Freigabe seiner Pension, die auf Grund von Schadensersatzforderungen aus dem Kappuzsch gepfändet worden ist, fand vor der 26. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin die Schlussverhandlung statt. Das Gericht kam zu folgender Entscheidung:

„Der Reichspret wird insoweit für erledigt erklärt, als der beklagte Pistorius nach der Klagerhebung auf die Geltendmachung eines über die Pension hinausgehenden Schadens verzichtet hat. Im übrigen wird festgestellt, daß der beklagte Pistorius nicht berechtigt ist, mit seinen Schadensersatzansprüchen aus dem Kappuzsch gegen die Pension des Kapitäns Ehrhardt weiter aufzurechnen als gegen den pfändbaren Teil der Pension.“

Zufolge dieser Entscheidung kann also nicht mehr als etwa der vierte Teil der Pension des ehemaligen Führers der Marinebrigade vom Reich gepfändet werden. Auch dagegen will Ehrhardt noch Berufung beim Kammergericht einlegen.

### Letzte Nachrichten

#### Nervosität in Paris

M. Berlin, 2. März. (Priv.-Tel.) In Paris herrscht — wie von dort gemeldet wird — eine große Nervosität in bezug auf die nun beginnende Tagung des Völkerbundsrats in Genf. Und zwar handelt es sich dabei um den ungarischen Konflikt, bei dem sich Frankreich und Ungarn scharf gegenüberstehen. Nach Mitteilungen der Pariser Presse, die natürlich sehr einseitig und auch tendenziös sind, herrscht dieselbe Unsicherheit auch in Genf. Man befürchtet, daß es bei dem Untersuchungsrecht — bei dem Frankreich Tendenzen verfolgt, die sich auch gegen Deutschland richten — zu scharfen Kämpfen kommen wird, zumal man nicht einmal weiß, wie es ausgestaltet werden soll. Auf der einen Seite stehen neben Ungarn Italien (das an der Waffenangelegenheit selbst beteiligt ist) und Deutschland, auf der anderen die kleine Entente und Frankreich und angeblich auch England. Die kleine Entente trifft heute zu einer Konferenz zusammen, bei der Beneß, Marinowitsch und Titulescu anwesend sein werden.

#### Amerika und der deutsche Zeppelinbau

M. Berlin, 2. März. (Priv.-Tel.) Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin hat hier zur Kenntnis gebracht, daß man in Amerika erfahren habe, Deutschland baue einen neuen Zeppelin. Für den Fall, daß dieser fertiggestellt wird und eine Dze anfaht, ist es Amerika alle Hilfsmittel zur Verfügung.

#### Frankreich und die Leipziger Messe

M. Berlin, 2. März. (Priv.-Tel.) Eine offizielle französische Kommission reist zur Messe nach Leipzig. Man mißt dieser Messe große Bedeutung bei. Das Interesse wendet sich hauptsächlich Seidenartikeln, Möbeln und Industrieartikeln zu.

#### Amerikanleihe der Stadt Warschau

M. Berlin, 2. März. (Priv.-Tel.) Der Stadt Warschau ist es gelungen, in den Vereinigten Staaten eine Anleihe von 10 Millionen Dollar unterzubringen, aber zu sehr harten Bedingungen. Der Zinssatz beträgt 7 Proz., die Tilgung 1 Proz., bei einem Ausgabekurs von 82.

#### Das Panzerschiff A

W. B. Berlin, 2. März. (Tel.) Im Haushaltsausfluß des Reichstages führte heute zum Marineetat Reichswehrminister Gredner aus: Kernstück der Marine im Etat ist das Panzerschiff A, das angefordert ist als erster Ersatz der alten Minenschiffe. Das Lebensalter ist nach dem Versailler Vertrag und dem Washingtoner Abkommen auf 20 Jahre bemessen. Bis dieses Panzerschiff gebaut ist, ist unser ältestes Minenschiff 23, das jüngste 24 Jahre alt. Die Minenschiffe sämtlicher anderen Staaten sind weit jünger. Der Gedanke, nur mit Kreuzern auszukommen, ist absolut abwegig. Wir denken dabei nicht daran, wieder eine Seeschlacht großen Stiles zu führen, aber Seestreitkräfte ohne Ausbildung der Kampfkraft können nur von sekundärer Bedeutung sein. Die Kreuzer sind unzureichend im Gefecht. Sie sind eingeteilt auf den militärisch schädlichen Gedanken, sich frühzeitig aus dem Gefecht zu ziehen. Wir wollen doch hoffen, daß die Offize eine freie Offize bleibt. Die leichten Seestreitkräfte brauchen einen Rückhalt an Kampfschiffen, sonst ist die Seestreitführung nichts anderes als eine Flucht in den schützenden Hafen. Ein Witz auf die Karte beweist die Wichtigkeit der freien Offize und ihre leichte Gefährdung. Welche Aufgaben hat unsere Flotte? Es handelt sich erstens um den Schutz unserer Küsten, zweitens um die Sicherung für uns lebenswichtiger Verbindungen über die Ostsee, drittens um das Offenhalten der Ostseehäfen Königsberg, Stettin, Lübeck, Rostock, viertens die Sicherung unserer Verbindung mit Ostpreußen. Sie ist wichtig in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Beziehung; fünftens die Sicherung unserer Neutralität. Wir dürfen uns nicht der Willkür Fremder ohne weiteres preisgeben und uns nicht einem Diktat von anderer Seite unterwerfen. Die Landkräfte allein können die Aufgabe des Schutzes Ostpreußens nicht übernehmen. Der Einwand, man könne Ostpreußen besser auf wirtschaftlichem Gebiete helfen, ist nicht stichhaltig, denn wirtschaftliche Maßnahmen allein beseitigen nicht die Gefahr, die durch kriegerische Verwicklungen drohen, ohne daß wir daran aktiv beteiligt sind. Ostpreußen wird auf den Schutz seiner Seeverbindungen nicht verzichten können und wollen. Natürlich wird ein solcher neuer Typ der „Panzerschiffe“ alle Fachleute interessieren, aber daß wir unsere 23 Jahre alten überalterten Schiffe ersetzen, wird jedes Land verstehen. Graf Montgelas zitierte kürzlich das Wort eines belgischen Völkerrechtlers: Der Völkerbund in Genf will nur Völker, die sich zu wehren wissen! Die schwierige finanzielle Lage darf Notwendiges nicht verhindern. Wir dürfen uns freiwillig nicht noch mehr entlasten, als wir dazu gezwungen sind. Alle Gründe militärischer, politischer und wirtschaftlicher Art fordern den Bau. Ich bitte dringend um die Genehmigung.

### Wirtschaftliche Umschau

Die auch in Baden und Süddeutschland stark vertretene Textilindustrie ist ein besonders konjunkturrempfindlicher Produktionszweig. In der Vorkriegszeit gehörte sie zu den sogenannten armen Industrien, sie litt sehr unter Überangebot aus dem Inland und Ausland. Auch heute ist ihre Position nicht leicht, abgesehen von der Kunstseideindustrie, die durch die Mode eine besonders günstige Konjunktur hat, und der neuesten Zweig der Textilproduktion ist. Die Baumwollindustrie hatte sich im Vorjahr infolge der niedrigen Baumwollpreise recht günstig mit ihrem Rohstoff eindecken können. Dazu kam die gute Konjunktur und ein hoher Umsatz, so daß fast durchweg günstige Abschlüsse herauskamen, trotzdem die Fertigwareneinfuhr und die Konkurrenz des Auslandes sehr zunahmen. Für dieses Jahr 1928 fürchtet man jedoch, was aus den Berichten der Verwaltungen hervorgeht, besonders in Süddeutschland wieder einen Rückschlag, wobei auf die günstigen Chancen hingewiesen wird, die dem Elsaß durch den deutsch-französischen Handelsvertrag gegeben sind. Auch in der Textilindustrie werden übrigens in der Rationalisierung Fortschritte gemacht, und Berichte verschiedener Unternehmungen teilen mit, daß mit weniger Arbeitern eine erhöhte Produktion erzielt werden konnte. Besser als für die Baumwollindustrie werden die Konjunktur- und zollpolitischen Aussichten für die Wollindustrie und besonders für die Strick- und Wirkwarenindustrie beurteilt, welche letztere wie die Kunstseideindustrie zum Teil unter Mitverwendung von Kunstseide stark von der Mode profitiert. Hier ist auch eine recht günstige Entwicklung nach der Exportseite zu konstatieren, u. a. bei der Produktion im benachbarten Württemberg.

Die deutsche Zigarettenindustrie ist dem Reich mit nicht weniger als 200 Millionen Reichsmark verschuldet, während das in ihr investierte Kapital etwa die Hälfte dieser Summe ausmacht. Die Bankrottverfahren haben als zinslose Kapitalzufuhr gewirkt und zu einer Überhebung der Produktion geführt, die imstande wäre, mehr als das Doppelte des Konsums zu produzieren. Aber auch der Handel ist überfetzt. 276 Fabriken, darunter 66 Groß- und Mittelbetrieben, stehen 560 000 Händler gegenüber. Es braucht nicht viel Überlegung, daß bei solcher ganz unrationeller Entwicklung das Reich nicht zu seinen Steuereinnahmen kommen kann und obendrein die Allgemeinheit die außerdem durch Ausstattung und Reklame verteuerte Ware überzahlen muß. Man plant nun — die Vorschläge liegen bereits dem Reichsrat vor — durch eine Neuregelung der Zigarettensteuer und eine Art Zwangswirtschaft diese Industrie zu sanieren, was natürlich zunächst eine neue Belastung mit sich bringen muß, denn die Kosten müßte sowohl der Handel, da viele Existenzen vernichtet würden, wie die Konsumenten mit neuen Preiserhöhungen und Qualitätsverschlechterungen tragen, wenn das Reich zu seinem Geld kommen soll. Derartige Pläne des Reichsfinanzministers werden von der Großproduktion unterstützt, die auf weitere Vertiefung hinarbeitet, übrigens zum Teil auch in ausländischen Händen ist. Andere Vorschläge hat der Reichswirtschaftsrat gemacht. Er will die Steuerkredite radikal abbauen und dadurch die Industrie zu rationaler Produktion zwingen. Zunächst die Industrie und dann auch der Handel würden die Kosten dieses Verfahrens tragen. Man hat ausgerechnet, daß die nächsten drei Jahre den ganzen Nutzen der Industrie für die Rückzahlungen der Steuerkredite in Anspruch nehmen würden.

Vielfach hörte man Stimmen, daß es auf die Dauer kein anderes Mittel zur Sanierung der Zigarettensteuer geben werde, als das Staatsmonopol für Tabak und Tabakwaren überhaupt. Hier drängt sich der Vergleich mit Österreich auf, das seit 150 Jahren eine geschlossene Regiewirtschaft von der Einfuhr des Rohababak bis zum Verkauf durch den letzten Detaillisten besitzt und bei 6 Millionen Einwohnern Staatseinnahmen in der Höhe von 120 Millionen Reichsmark daraus bezieht. Deutschland, das gegenwärtig aus dem Tabak in Steuern und Zöllen 712 Millionen einnimmt, hat zehnmal soviel Einwohner als Österreich und könnte so seine Einnahme entsprechend steigern. Dafür kämen aber Mißerträge auf die Ausgabenseite, Erwerb der Fabriken, Stilllegung aller mittleren und Kleinbetriebe, Umsiedlung und Brotlosmachung von 100 000 Familien. Die Finanzleute

und volkswirtschaftliche Belastung würde so groß, daß nicht nur die Mehreinnahmen bei weitem aufgezehrt würden. Die Staatseinnahmen würden sich nicht nur nicht steigern, sondern zunächst gewaltig verringern. Auf jeden Fall aber ist eine Revision der deutschen Tabakgesetze, an der gerade Baden als wichtiges Produktions- und Fabrikationsland das größte Interesse hat, unumgänglich, zumal die Einnahmen aus der Tabaksteuerung zu den verpfändeten Einnahmen gehören und auf der deutschen Finanzgesetzgebung hier auch der Druck des Auslandes liegt.

In der Linoleumindustrie ist nach dem deutschen Zusammenschluß jetzt ein internationaler Trust zustande gekommen, gegen den man sich u. a. in der Schweiz seinerzeit scharf gewehrt hatte. In Bietigheim (Württemberg) ist eine „Continental Linoleum A.-G.“ mit 32 Millionen Aktienkapital und dem Sitz in Zürich begründet worden. Es ist eine zunächst Deutschland, die Schweiz, Schweden, Norwegen und Lettland umfassende Union, die auch nach Frankreich und Italien Verbindungen besitzt und der auch die F.-G.-Farben mit dem ihr gehörigen Werk Düneberg beigetreten ist. Mitglieder sind die Deutsche Linoleum-Werke A.-G., die Linoleum A.-G. Gubioesco (Schweiz) und die schwedische Linoleum-A.-G. in Gothenburg, welche die sämtlichen Aktien einer norwegischen (Oslo) und einer lettlandischen (Riga) Linoleumfabrik besitzt. Die bei weitem stärkste Beteiligung bringt die Deutsche Linoleum-Werke A.-G. in den Trust. Da auch mit England, das zusammen mit Deutschland Hauptproduzent für Linoleum in Europa ist, bereits Preisvereinbarungen bestehen und weitere Abmachungen anscheinend im Gange sind — andere Fabriken in Italien, Frankreich, Holland und Spanien arbeiten hauptsächlich für den Inlandsbedarf, ebenso wie die großen amerikanischen Fabriken — hat der neue Trust eine starke Position auf dem Weltmarkt.

Mitte Januar hatte auf die Schiedsprüche über Lohn und Arbeitszeit hin die eisenverarbeitende Industrie eine Eisenpreiserhöhung vorgenommen, die infolge ihrer Wirkung für die eisenverarbeitende Industrie, eine unserer wichtigsten Exportindustrien, zu Schritten des Reichswirtschaftsministers führte. Er hatte im Haushaltsausschuß von der Ausnutzung einer Monopolstellung gesprochen und, da ihm vor der Preiserhöhung weder Kenntnis noch Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben war, auf Grund des Kartellgesetzes unterm 27. Januar eine Anordnung erlassen, wonach künftig Verbände von derartigen Beschlüssen dem Reichswirtschaftsministerium rechtzeitig Kenntnis zu geben hätten. Auch bisher hatte übrigens das Reichswirtschaftsministerium keine materiellen Handhaben zur Verhinderung solcher Beschlüsse und kein Einspruchsrecht, wie bei den Kohlenpreisen. Der Reichswirtschaftsminister verlangte aber, daß bei der Sonderstellung, welche die eisenverarbeitende Industrie habe, sie mindestens mit ihm sich in Verbindung setzen müsse. Nachdem mit der eisenverarbeitenden Industrie eine Einigung erzielt worden ist, veranfolge u. a. die Mehrbelastung für Süddeutschland wieder aufgehoben wurde, ist es jetzt auch zu einem Frieden mit dem Reichswirtschaftsministerium gekommen. Die eisenverarbeitende Industrie übernahm eine Reihe, wenn auch nicht juristisch festgelegter Verpflichtungen, wobei vor allem die künftige enge Fühlungnahme in internationalen Eisenfragen und die allmähliche Annäherung der Auslandspreise an die bisher höheren Inlandspreise zugesagt, ferner versprochen wurde, künftig vor allen wichtigen Maßnahmen, dem Ministerium Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, um die Gesamtwirtschaft vor ähnlichen Überraschungen wie der Eisenpreiserhöhung zu

bewahren. Der Reichswirtschaftsminister hat daraufhin keine Anordnung, die er selbst seinerzeit nur als ein Warnungssignal bezeichnet hatte, zurückgezogen. Die Reichsregierung hat natürlich auch weiterhin freie Hand, falls sich ihre Erwartungen bezüglich der von der eisenverarbeitenden Industrie übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllen sollten.

### Der Nachtragsetat vor dem Reichsrat

Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Nachtragsetat, der sich nach den Vorschlägen der Reichsregierung auf 596,4 Millionen, nach den Vorschlägen der Ausschüsse auf 698,9 Millionen in Ausgaben beziffert.

Der Generalberichterstatter, Ministerialdirektor Dr. Brecht, wies darauf hin, daß der Nachtragsetat nicht das sogenannte Notprogramm der Reichsregierung enthält. Die Besoldungsreform wirt sich mit 172 Millionen Reichsmark aus. Als im wesentlichen einmalige Ansätze sind zu bezeichnen: Der Barzahlungsbetrag für die Liquidationsgeschädigten mit einem Reuanfang von 160 Mill., ferner 81 Mill. für die Grenzgebiete, 26 Mill. für die Sozial- und Kleinrentner, die bereits verteilt sind, 18 Mill. für die Unwelterlatastropfen des Jahres 1927, die ebenfalls verteilt sind, 44 Mill. einmalige stärkere Zahlung für Anleiheablösung, 66 Mill. einmalige Abfindung von Ländersprüchen verschiedener Art und 7 Mill. zur Abwicklung der Phöbusangelegenheit. Weitere 33 Mill. verteilen sich auf kleinere, nicht einmalige Kosten.

Zur Phöbusangelegenheit führte der Berichterstatter aus, daß das Reich zur Abwicklung 7 Mill. angefordert habe, trotzdem die bekannten Garantieforderungen nur 6,5 Mill. betragen. Das Reich hat zur Vermeidung des Konkurses noch einmal eine Million hineingesteckt. Die Abwicklung hat nicht alle Gläubiger gleichmäßig an dem Schaden beteiligt, sondern im Gegensatz zum Reich, das fast alles verliert, den anderen Gläubigern weitgehende, wenn nicht volle Befriedigung für ihre Ansprüche eröffnet. In den Ausschüssen des Reichsrates sind lebhaft Zweifel dagegen geäußert worden, ob dies die günstigste Art der Abwicklung war. Und es wird von den Ausschüssen eine Resolution vorgeschlagen, in der die Reichsregierung um Nachprüfung ersucht wird, ob sich nicht durch eine andere Form der Abwicklung der Phöbusangelegenheit ein günstigeres Ergebnis für das Reich erzielen läßt. Es wird ferner mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß der Reichswirtschaftsminister in seiner Erklärung vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages die Garantie dafür übernommen hat, daß derartige Fälle von illegaler Selbsttätigkeit nicht mehr vorkommen werden. Die Entschädigung wurde angenommen.

Der Nachtragsetat wurde bewilligt, aber in dem Generalbericht erklärt: Die Tatsache, daß für 1927 aus Zöllen und Steuern über 700 Mill. Reichsmark mehr herauskommen, als ursprünglich veranschlagt waren, habe die Öffentlichkeit vielfach zu Optimismus für die Zukunft verführt. Es sei festzustellen, daß der Haushalt für 1928 bereits mit so hohen Mehreinnahmen rechnet, daß er über diese 700 Mill. Reichsmark hinaus noch weitere 240 Mill. aus denselben Quellen erwartet. Die ersten Prognosen für den im Herbst aufgestellten Haushalt für 1929, bei dem weitere 292 Mill. für Reparationszahlungen aufzubringen sind und einmalige Einnahmen (aus Münzgewinn und Überschuß) von rund 400 Mill. voraussichtlich fehlen, bleiben also bestehen. Ohne die Ablicht, schwarz zu malen, erscheine es Pflicht, auf diese Tatsache hinzuweisen.

Der Vertreter Hessens beantragte in der Vollversammlung, aus dem Titel „Einmalige Beihilfen“ für wirtschaftlich und kulturell besonders bedürftige Grenzgebiete auch des Gebiets Hessen zu bedeuten. — Der heftige Antrag fand nicht die genügende Unterstützung.

Der Reichsrat erklärte sich weiter mit dem vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf über Bereitstellung von Kredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaues einverstanden. Des Weiteren wurde der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Leistungen in der Invaliden- und Angestelltenversicherung, der einen Teil des Notprogramms darstellt, angenommen. Schließlich stimmte der Reichsrat der Fassung des Formulares zu, das für das Kündigungsschreiben auf Grund der Novelle zum Mieterschutzgesetz vorgelesen ist.

Privatvorführung des Deutschen Weltkriegsfilms in London. Der erste Teil des Deutschen Weltkriegsfilms wurde unter dem Titel „Der große Krieg mit deutschen Augen gesehen“ im Capitoltheater zu London einer Anzahl von Parlamentenmitgliedern in geschlossener Vorstellung vorgeführt. Die allgemeine Auffassung war, wie Reuter teilt, Bewunderung und Anerkennung.

### Die Phöbusaffäre

Das Reichskabinett hat am Donnerstag darüber beraten, ob der Bericht des Reichsparlamentarischen Ausschusses über die Phöbusangelegenheit, wie es der Haushaltsausschuß des Reichstages verlangt, der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden soll. Die Veröffentlichung wurde abgelehnt. Der Reichswirtschaftsminister wurde ermächtigt, heute Freitag eine Erklärung über die Phöbusangelegenheit abzugeben. Im Anschluß daran empfing der Reichsminister Dr. Brüning die Führer der Parteien zu vertraulichen Besprechungen über die Sachlage. Er erklärte, Reichsminister Dr. Brüning wolle in den nächsten Tagen die einzelnen Fraktionsführer empfangen und ihnen die Phöbusentscheidung vorlegen.

In den Besprechungen mit den Parteiführern sollen sich, wie es in der „Voss. Ztg.“ heißt, alle Parteiführer damit einverstanden erklärt haben, daß dem Reichsminister Dr. Brüning die Weiterführung der Angelegenheit vorbehalten bleibt. In diesem Sinne war auch die Erklärung gehalten, die der Reichswirtschaftsminister Grüner heute im Haushaltsausschuß abgab. Es wird darauf hingewiesen, daß der parlamentarische Antrag auf Veröffentlichung der Denkschrift im Haushaltsausschuß durch das Fehlen einer Reihe von Mitgliedern des Ausschusses, also durch eine Zufallsmehrheit, angenommen worden ist.

### Eine Erklärung des Reichswirtschaftsministers

DDJ, Berlin, 2. März. (Tel.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab heute Reichswirtschaftsminister Dr. Grüner seine mit Spannung erwartete Erklärung der Phöbusangelegenheit ab. Er führte aus:

Der Haushaltsausschuß hat gestern in der Phöbusangelegenheit den Beschluß gefaßt, die Reichsregierung zu ersuchen, den Bericht über das bisherige Ergebnis der Untersuchung des Staatsministers Sämisch dem Ausschusse sofort vorzulegen. Die Reichsregierung hat sich gestern nachmittags mit der Angelegenheit befaßt. Die Verichterstattung des Staatsministers Sämisch ist vom Herrn Reichsminister, der ihn zu seinem persönlichen Kommissar bestimmt hatte, eingefordert worden und ist auch ihm gegenüber erfolgt. Bei der politischen Bedeutung der Angelegenheit legt der Herr Reichsminister besonderen Wert darauf, daß ihre parlamentarische Erledigung auch weiterhin in engstem Einvernehmen mit ihm persönlich erfolgt. Mit Rücksicht auf den derzeitigen Gesundheitszustand des Herrn Reichsministers bittet die Reichsregierung, wegen der erforderlichen Fühlungnahme mit dem Herrn Reichsminister die Beratung der Angelegenheit im Ausschusse für einige Tage zurückzustellen und inzwischen in der Beratung des Marineetat's fortzuführen.

Gegenüber verschiedenen Angriffen gegen meine persönliche Stellungnahme zur Phöbusangelegenheit sehe ich mich außerdem zu folgender Erklärung veranlaßt:

1. Ich mißbillige die Transaktionen des Kapitäns Lohmann auf das schärfste und muß der Kritik des Abg. Seinig in vielen Punkten durchaus recht geben.
2. Ich bin entschlossen, mit allen derartigen illegalen Unternehmungen gründlich aufzuräumen.
3. Ich werde Vorbehalte treffen, daß derartige Vorkommnisse sich nicht wiederholen können.

Was den Vorwurf anbetrifft, ich ließe mich einwickeln und hinteres Licht führen, so wird die Zukunft das Andererechte dieser Vorwürfe erweisen. Allerdings verspreche ich mir nichts von Presseklampagnen und Versammlungsrufen. Ich bin kein Freund von Worten, sondern pflege zu handeln. Kritizieren Sie später diese Handlungen. Bis dahin darf ich aber wohl eine gewisse Zurückhaltung in vornehmer Kritik erwarten.

Zur Geschäftsordnung ersucht Abg. Müller-Franken (Soz.), die Angelegenheit ersprechend der neuen Sachlage, die durch die Erklärung des Ministers geschaffen worden ist, einige Tage zurückzustellen. Mit Befriedigung habe seine Fraktion Kenntnis von der Erklärung genommen, daß der Minister mit allen derartigen illegalen Unternehmungen gründlich aufzuräumen wolle.

Abg. Stöder (Komm.) nennt diese Erklärungen eine Verschleppung, einen Versuch, Zeit zu gewinnen, um die Vorlegung des geforderten Berichtes trotz des Beschlusses zu verhindern. Er sehe auch in der Erklärung des Reichswirtschaftsministers den Versuch einer Verdunkelung und Verschleierung.

Abg. Dr. Haas (Dem.) widerspricht dem Vorredner. Dem Wunsch eines Reichsministers, persönlich mit den Parteien zu verhandeln, müsse entsprochen werden.

Es wird beschlossen, die Beratung fortzusetzen, aber die Beschlußfassung über die beanstandeten Titel auszusparen.

Staatssekretär von Schubert ist in Mentone eingetroffen und wird am Samstag mit Dr. Stresemann nach Genf zur Tagung des Völkerbundrates reisen.

### Badisches Landestheater

#### Der Waffenschmied

Von der häufigen Wiedergabe in den letzten Jahren her ist uns „Der Waffenschmied“ ein vertrauter Bekannter, breiteste Schichten der musikalischen Bevölkerung schienen damals von keinem anderen Vorhangwerk so wahrhaft entzückt. Nachdem diese „komische Volksoper“ während einiger Spielzeiten vom Repertoire verschwunden war, hat man sie jetzt neuentstündert herausgebracht. Aber die Zeiten haben sich anscheinend gewandelt: Nach dem durchschnittlich matten Eindruck, den die Aufführung im Haus hinterließ, hat der Referent zunächst mit lebhaftem Bedauern festzustellen, daß die Neuentstündung wohl keinen allzulangen Bestand mehr verheißt. Der Grund liegt übrigens nicht nur an der jetzigen Art der Darstellung. Wir haben mittlerweile dank einer ausgiebigen Pflege der seltener zu hörenden Bühnenwerke Vorhänge immerhin gemerkt, daß sich das Schaffen dieses guten deutschen Romantikers doch noch zu ganz anderen Höhepunkten aufschwingt, als sie der bescheidene Waffenschmied zu geben hat. Musikalisch darf man ihn gegenüber dem „Bildschuß“ oder gegenüber „Bar und Zimmermann“ nur mit Abstand nennen, auch inhaltlich sind dem zopfigen Ton seiner Komik dort die Situationen merklich überlegen. Es ist ja außerdem bezeichnend genug, daß erst, als Stadinger das Lied vom Jüngling im lockigen Haar begann, die laue Stimmung in etwas friskere Begeisterung umschlug. Somit blieb sehr zu bezweifeln, ob die Menschheit, die heute den großen Theaterraum füllt, noch viel gerade für die Rawität dieses Singstüchleins übrig hat. Der Wunderkronen, aus dem Vorhang gleichwohl auch hier schöpft, scheint somit vielen Ohren wirklich verstaubt und der Zugang erheblich erschwert zu der Grazie und dem Charme, der freilich recht anspruchslos zwischen Tonika und Dominante hin- und herbaueilt.

Zu diesem Hauptbedenken kam allerdings hinzu, daß das fast durchgehends neue Ensemble noch nicht so flott und durchsichtig spielte, um ein künstlerisch vollendetes Ineinandergreifen von Szene und Gesang überall zu erreichen. Schwächen des Werkes wurden jedenfalls dadurch nicht überdeckt, sondern manchmal bis zur — Langweile hervorgehoben. Das

wird sich voraussichtlich bis zu einem gewissen Grade noch mildern, wenn künftig Solisten und Orchester zumal besseren Kontakt finden. Denn an gefälligen und sorglichen Voraussetzungen fehlt es nicht, jeder Teil für sich bringt gelegentlich recht Gutes. So bietet Josef Reibert, der musikalische Leiter, gleich mit der ungehörigen Ouvertüre einen prächtigen musikalischen Genuß, unterbindet aber späterhin doch etwas zu abstrahieren die orchestrale Auswirkung einer musikalischen Probe und bleibt gar sachlich und nüchtern. Auf der Bühne ist der Stabinger Adolf Bogels eine Leistung, die man gefällig wie schauspielerisch schon heute vorbildlich bezeichnen darf. Nicht minder am Platze waren auch Karl Lauffhüter (Georg) und Hans Weiner als komische Alte. Karlheinz Wier hatte mit dem schwedischen Ritter Adelhof zwar einige Dialektstärkigkeiten, befandete aber wiederum erfreulich buffoneskes Talent. Das junge Paar, um dessen Liebesgeschichte sich die ganze Handlung aufbaut, war durch Jenny Schelber (Marie) mit einer erst werdenden Künstlerin und deshalb nicht gewohnt vollwertig besetzt. Die Figur blieb ohne besondere Physiognomie, trotzdem war wenigstens der gute Wille anzuerkennen, nach Möglichkeit des himmlischen Rönns und mit angebotener darstellerischer Beanlagung die Rolle zu bewältigen. In Rudolf Weibrecht (Konrad) hatte sie einen äußerst gewandten Partner, der aber selbst in dieser Partie die oft beklagten Defekte seines Organs nicht ganz überbergen konnte. Für einige kleinere, mit Bedacht vorgenommene Änderungen der Regie zeichnete Robert Lebert verantwortlich.

Der neue Intendant des Heibelberger Stadttheaters. Zum Intendanten des Heibelberger Stadttheaters wurde Erwin Dahn gewählt, zur Zeit Intendant des Landestheaters in Ludolstadt (Thüringen). Dahn, der seinen Heibelberger Posten im Sommer mit Beginn der neuen Spielzeit übernehmen soll, ist 40 Jahre alt. Er wurde in Lehr bei Ulm geboren und ist nach dem Besuche des Gymnasiums Schauspieler geworden. Seit 1920 wirkt er in Ludolstadt als Intendant. Dahn ist auch Verfasser mehrerer Bühnenstücke, die in zahlreichen Städten aufgeführt worden sind.

### Gesamtgastspiel von Mitgliedern des Burgtheaters Wien

#### Sappho

Trauerspiel in fünf Aufzügen von Franz Grillparzer  
Regie: Albert Feine.

Grillparzers Jugendwerk „Sappho“, das unmittelbar seiner romantischen Schauertragödie folgt, ist seit ihrer Uraufführung am 21. April 1818 dem Wiener Burgtheater treu geblieben. Die gelehrte Schauspielerin Sophie Schröder war die erste Sappho-Darstellerin, ihr folgte die berühmte Tragödin Charlotte Wolter, die unter Laube die eigentliche Tradition schuf. Auch Hedwig Weibrecht, die bereits vor einem Menschenalter mit dieser berühmten Burgtheaterrolle Triumphe feierte, zeigte in ihrem hiesigen Gastspiel, daß die Grundlinien dieser Tradition noch unverändert sind. Sie bestanden in der gepflegten Sprechkunst, die Grillparzers Verse in einem wogenden Rhythmus strömenden Wohlklang erklingen läßt, und in der großen naturwahrscheinlichen Weise. Es ist kein Zufall, daß die berühmtesten Darstellerinnen des Burgtheaters, und mit ihnen Hedwig Weibrecht, bis in ehrwürdiges Alter hinein dieser großen klassischen Rolle treu bleiben, mag darüber die ursprüngliche Künstlertragödie auch der Altersstragödie sich wandeln. Der leidvolle Verzicht des überirdisch gebundenen Künstlers auf die Genüsse der vergessenen irdischen Welt wird in der Darstellung dieser durch Kunst und Alter ehrwürdigen Heroinen leidvoller Verzicht der gealterten Frau auf liebreiches Jugendglück. Aber es bleibt die geprägte klassische Stilform, die als solche der Tributpflicht gegenüber der sich wandelnden Zeit entbunden ist, um so mehr entbunden ist, als diese klassische Stilform der Darstellung weisensinnlich sich deckt mit der klassischen Stilform von Grillparzers Dichtung. Gewiß stehen wir heute dieser Stilform fremd gegenüber, sie mutet uns historisch an. Aber man sollte darüber nicht vergessen, daß diese unbedingte Harmonie von Dichtwerk und Bühnenwerk in sich einen hohen Kunstwert bedeutet, und daß es mindestens fraglich erscheint, ob man ungekräft ein Dichtwerk anderer, ver-





# Volks-Trauertag

Sonntag, den 4. März 1928, 19<sup>1/2</sup> Uhr

## Gedächtnisfeier

im großen Saale der Festhalle

Mitwirkende: Herr Wilhelm Krauß, Konzertorganist am Badischen Konservatorium für Musik; Männergesangsverein Liederhalle, Herr Hugo Kahner; Musikverein Harmonie, Herr Hugo Rudolph

Wir laden die gesamte Bevölkerung zur Teilnahme ein. Besondere Einladungen ergehen nicht. Die Teilnehmer werden gebeten, in der Bedeutung des Tages angemessener Kleidung zu erscheinen. Der Eintritt ist frei, Programme sind in der Festhalle für 20 Kpf. erhältlich. Für Schwerekriegsbeschädigte und ältere Hinterbliebene werden in den vorderen Reihen bis 19<sup>1/2</sup> Uhr Plätze freigehalten, wo auch Plätze für die Vertreter der Behörden freigestellt sind

Ortsgruppe Karlsruhe des Landesverbandes Baden des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge

# Volks-Trauertag

Am Sonntag, dem 4. März 1928, dem Volks-Trauertag für die Opfer des Weltkrieges, werden die staatlichen und städtischen Gebäude halbmaß flaggen. Ich bitte die Einwohnerschaft, diesem Beispiele zu folgen und an dem genannten Tage auch ihre Häuser

## auf Halbmaß zu flaggen

Karlsruhe, den 1. März 1928

Der Oberbürgermeister

### Einladung

## Landesversammlung

des Badischen Landesverbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose

am Sonntag, den 18. März 1928, in Lahr im Kasinoaal, Kaiserstraße (früher „Gasthof zum Pfing“).

Tagesordnung:

- I. 15 Uhr (nachmittags 3 Uhr)
  - Gemeinsame Sitzung des Landes-Tuberkuloseausschusses und der Mitgliederversammlung
  - 1. Jahres- und Rechnungsbericht.
  - 2. Entwurf eines Anwesens für die Tuberkulosefürsorgestelle Heidelberg.
- II. 16 Uhr (nachmittags 4 Uhr)
  - Öffentliche Versammlung
  - 1. Vortrag des Direktors des Hygienischen Institutes Heidelberg, Herrn Prof. Dr. Gotschlich, „Die Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit“.
  - 2. Vortrag der Tuberkulose-Fürsorgeärztin Fr. Dr. von Müller, Schwetzingen, „Tuberkulose und Tabakarbeit“.
  - 3. Aussprache.

Der 1. Vorsitzende: Jung, Präsident der Landesversicherungsanstalt Baden.

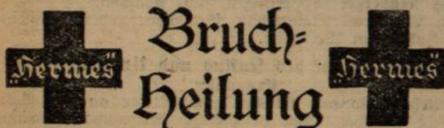
Der Geschäftsführer: Dr. Berghaus, Professor.

## ERÖFFNUNG

### des staatlichen Markgrafenedes in Badenweiler

Das staatliche Markgrafenedes in Badenweiler ist vom 2. März 1928 an wieder geöffnet

Badenweiler, den 1. März 1928 201  
Staatliche Bäderverwaltung



Sprechstunde unseres Vertrauens-Arzt in:  
Kastell: Montag, 5. März, nachmittags 2-6 Uhr, Bahnhof-Hotel.  
Karlsruhe: Dienstag, 6. März, vormittags 9-1 Uhr und nachmittags 2-7 Uhr, Hotel Lutz.  
Pforzheim: Mittwoch, 7. März, vormittags 9-1 Uhr und nachmittags 2-6<sup>1/2</sup> Uhr, Hotel Sanja.  
Bruchsal: Donnerstag, 8. März, vormittags 9<sup>1/2</sup>-1 Uhr, Bahnhof-Hotel Friedrichshof, S. 183.  
„Hermes“ Ärztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung G. m. b. H., Hamburg, Esplanade 6. Kleines und großes ärztliches Institut dieser Art.

## Ein uraltes ärztliches Mittel

ist die bereits vor 2000 Jahren von den berühmten griechischen Ärzten verordnete Hefe. Sie verwandelt sie grösst gegen alle Leiden, die aus unreinem Blute und verdorbenen Säften entstehen. Die neuere wissenschaftliche Forschung hat die Richtigkeit dieser Verordnungen vollumfänglich bestätigt, allerdings wird jetzt die Hefe zweckmäßiger präpariert als damals. Chemiker Sybels Hefekur ist zur Reinigung des Blutes unübertrefflich und nicht teuer. Schon nach wenigen Tagen zeigen sich die wohltätigen Folgen. Verlangen Sie die kostenlose Broschüre „Ein Weg zur Gesundheit“ und beginnen Sie die Kur sofort. Sie werden überrascht sein, wie wohl Sie sich nach kurzer Zeit fühlen. H. 188

Drogerie Tscherning, Ecke Karl- und Amalienstraße; Engel-Drogerie, Werderplatz 44; Drogerie Vetter, Zirkel 15.

## G. BRAUN

(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag) G. m. b. H. KARLSRUHE Karl - Friedrich - Straße 14

fertigt Drucksachen aller Art für Industrie, Handel, Behörden und Private

Kurze Lieferfristen Preise mäßig

**Ludwig Schweisgut**  
Karlsruhe i. B.  
Erbsenstraße 4  
beim Rondellplatz  
Flügel  
Pianos 724  
Harmoniums  
Nur beste Fabrikate  
Sehr mäßige Preise  
Umtausch alter Klaviere

**Rittergüter und kleinere Güter** mit besten und mittleren Bodenklassen haben wir auftrag, sehr preiswert zu verkaufen. Selbstkäufer mit nachw. Anzahlg. wollen sich direkt an uns wenden. 147 Getreidegeschäft Fürst & Alexander, Frankfurt a. D. Oder, Abt. Vermittlung.

**Les' Bücher Wissen ist Macht!**

**Detektiv-Instal u. Privat-Auskunft**  
„Argus“ Mannheim Planken 55/56  
A. Maier & Co., G. m. b. H.

## Zeichnungs-Aufforderung

### nom. 15 000 000 RM. 8% Anleihe des Freistaates Mecklenburg-Schwerin

auf Feingoldbasis — rückzahlbar nicht vor 1. März 1933 eingeteilt in Stücke zu 2000, 1000, 500, 100 RM.

#### Reichsmündelsicher

### Zeichnungskurs 94<sup>3/4</sup> %

Der Freistaat Mecklenburg-Schwerin gibt eine auf den Inhaber lautende Anleihe von

**15 000 000 RM.**

Der Erlös der Anleihe wird seitens des Freistaates Mecklenburg-Schwerin außer zur Abdeckung kurzfristiger Verbindlichkeiten in der Hauptsache zu werbenden Zwecken, besonders Meliorationen und Siedlungsbauten verwendet.

Die Anleihe ist mit 8% verzinslich und wird mit jährlich am 1. März und 1. September fälligen Zinsscheinen versehen. Der erste Zinsschein ist am 1. September 1928 fällig.

Die Laufzeit der Anleihe beträgt 30 Jahre. Die planmäßige Tilgung, die durch Anlösung zum Nennwert oder Rückkauf zu erfolgen hat, setzt im Jahre 1932 mit erstmaliger Rückzahlung auf den 1. März 1933 ein, und zwar werden jährlich 1,37% des ursprünglichen Anleihebetrages zuzüglich der ersparten Zinsen getilgt. Der Staat hat das Recht, vom 1. März 1933 ab jederzeit eine Gesamtkündigung der Anleihe vorzunehmen bzw. die Tilgung durch freihändigen Rückkauf zu erwirken.

Kapital und Zinsen werden bei Fälligkeit in gesetzlichen Zahlungsmitteln gezahlt. Für jede geschuldete Reichsmark ist der in Reichswährung ausgedrückte Preis von 1/2990 kg Feingold zu zahlen.

Die Einführung der Anleihe an der Berliner und Hamburger Börse wird sobald als möglich veranlaßt werden.

Die unterzeichneten Banken und Bankfirmen legen hiermit die oben bezeichneten

### 15 000 000 RM. 8% Anleihe des Freistaates Mecklenburg-Schwerin

unter folgenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung auf: Zeichnungen werden in der Zeit vom

### 5. bis 10. März d. J. einschl.

bei den unterzeichneten Banken und Bankfirmen sowie ihren sämtlichen Niederlassungen während der üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen.

Zeichnungsmeldungen auf Stücke mit 6 monatiger Sperrverpflichtung werden vorzugsweise berücksichtigt. Früherer Schluß der Zeichnungen bleibt vorbehalten. Die Zuteilung bleibt dem Ermessen einer jeden Zeichnungsstelle überlassen.

Der Zeichnungspreis beträgt **94<sup>3/4</sup> %**

zuzüglich Börsenumsatzsteuer.

Die Bezahlung der zugeteilten Beträge hat in der Zeit vom 15. März bis 5. April d. J. unter Anrechnung von 8% Stückzinsen vom 1. März d. J. bis zum Einzahlungstage zu erfolgen.

Die Zeichner erhalten zunächst Kassenquittungen, gegen deren Rückgabe die Ausgabe der endgültigen Stücke nach deren Fertigstellung erfolgt. Anmeldungen auf bestimmte Stücke können nur insoweit berücksichtigt werden, als dies mit dem Interesse der übrigen Zeichner vereinbar erscheint.

Berlin, Bamberg, Breslau, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Leipzig, Osnabrück, Schwerin, Karlsruhe, im März 1928.

Gehr. Arnold. Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft. J. Dreyfus & Co. Hardy & Co. G. m. b. H. A. E. Wassermann. E. Heimann. Bayer & Heinze. Barmer Bank-Verein Hinsberg. Fischer & Comp. Deutsche Effecten- und Wechselbank. Lazard Speyer-Ellissen. Joh. Berenberg, Gossler & Co. Zweiganstalt Hamburg der Girozentrale Hannover. Girozentrale Hannover, Öffentliche Bankanstalt. Ephraim Mayer & Sohn. Osnabrücker Bank. Girozentrale für Mecklenburg, Zweigstelle der Girozentrale Hannover.

205 **Straus & Co.**

## Haus-Standuhren!

Die höchste Zierde einer behaglichen Wohnung, daher der Wunsch jeder Hausfrau. Das beste Geschenk für Familienfeste. Günstige Kaufgelegenheit für Brautleute. Direkt ab Spezial-Fabrik im Schwarzwald, ohne jeden Zwischenhandel, daher konkurrenzlos billig. Über 20 verschiedene neuzeitl. Modelle von 70 RM. an. Mit 1/2 Westminster-Glockenspiel oder Bim Bam Glockenschlag. Lieferung franco u. verpackungsfrei. Mehrjährige schriftliche Garantie. Angenehme Teilzahlung. Lobende Anerkennungen aus allen Bevölkerungskreisen. Überall Nachbestellungen durch Weiterempfehlung. Benützen auch Sie diese Gelegenheit und lassen Sie sich unverbindlich von Ausführung und Preiswürdigkeit überzeugen. Bei ähnlichen Angeboten bitte ich, sich über meine Preise, und meine Dankschreiben in- formieren zu wollen. 99

Verlangen Sie unverbindlich Vertreterbesuch oder kostenloses Zusendung meines Katalogs. **E. LAUFFER** Spezial-Fabrik moderner Haus-Standuhren Schwenningen a. N. (Schwarzwald)

## Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit. R. 638. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Alter Zwanier, Inhaber der Firma G. Haim Grödel-Rachf. in Karlsruhe, Kriegsstr. 68, ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausschußmitglieder Schlußtermin bestimmt auf Dienstag den 20. März 1928, vormittags halb 9 Uhr, vor dem

Amtsgericht, 1. Stad. Zimmer 40. Karlsruhe, 21. Febr. 1928. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A VII.

## Freihändiger Nadelstammholz-Verkauf

Forstamt Todtmoos, Donnerstag, den 8. März 1928, 3120 im Nadelstammholz-Losverzeichnis durch das Forstamt. R. 646. N. 636. Güterrechtsregister Jahr Bd. III, Seite 57. Albert Gös, Cigarrenfabrikant in Reichenheim und dessen Ehefrau Georgette geb. Sitter. Ehevertrag vom 2. Februar 1928, Gütertrennung. Jahr, 23. Februar 1928. Amtsgericht.



## Badisches Landes-Theater

Samstag, 3. März 1928 \*A 19. Th. Gem. 1001-1100 und 1301-1400

Zum erstenmal

### Elion

von Molnar  
In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Bilkom Bettgeb  
Julie Verttram  
Marie Habemacher  
Frau Muscat Erntath  
Luise Quatier  
Frau Hollunder

Frauenborfer Brand  
Hollunder Graf  
Weißfeld Kneble  
Drechsler Gemmede  
Ringmann Schulze  
Stadthauptmann Herz  
Wetobics Schneider  
Polizeifonzipist Höder  
Schumann Rehner

Vertretene Polizisten Prüter  
Polizist von der Tend  
Detektive Prüter, Kuhn  
Arzt Kienfcherf  
Dr. Reich von der Tend  
Räder Müller

Anfang 19<sup>1/2</sup> Ende nach 22 I. Rang und I. Sprechst. 5 RM

So. 4. März: Tannhäuser. Im Koncert: Keine Vorstellung wegen des Volks-Trauertags. Mo. 5. März: Sinfonie-Konzert.